

Region

Nachrichten

BIEL

Unfall im Büntenbergtunnel

Gestern Morgen hat sich im Büntenbergtunnel in Biel ein Verkehrsunfall ereignet. Dabei kollidierte ein Lastwagen mit einem Personewagen. Verletzt wurde niemand. Die Höhe des Sachschadens wird auf 8000 Franken geschätzt. Die Unfallursache ist nicht bekannt. *asb*

BIEL

Lieferwagen mit Töff zusammengedrallt

Gestern Nachmittag ist auf der Roger-Federer-Allee in Biel ein Lieferwagen mit einem Töfffahrer kollidiert. Der motorisierte Zweiradlenker zog sich Verletzungen zu und musste mit der Ambulanz in das Spitalzentrum gefahren werden. Die Unfallursache sowie die Höhe des Sachschadens sind noch nicht bekannt. *asb*

LYSS

Mona Vetsch erzählt aus dem Nähkästchen

Morgen Abend gibt die Radio- und Fernsehfrau Mona Vetsch im Hotel Weisses Kreuz in Lyss einen Einblick in das Leben vor und hinter der Kamera – von der Thurgauer Bauerntochter mit Flugangst zur Reporterin, die die ganze Welt bereist. Sie erzählt von «der Kunst, trotz Rampenlicht sich selbst zu bleiben». Organisiert wird die Veranstaltung vom Forum Lyss. Sie beginnt um 18 Uhr, die Tür wird um 17:30 Uhr geöffnet. Nach dem Anlass gibt es ein Apéro. Der Eintritt kostet an der Abendkasse 15 Franken. *haf*

LYSS

Zweimal im Monat gibt es juristische Auskünfte

Die Rechtsauskunftsstelle des Bernischen Anwaltsverbandes (BAV) wird seit Anfang Jahr neu auch in Lyss angeboten. Sie kann jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat von 18 bis 20 Uhr aufgesucht werden und befindet sich im Sitzungszimmer im 3. Obergeschoss, in der Gemeindeverwaltung Lyss, Marktplatz 6. Voranmeldung unter: Advokaturbüro Rätz Hübscher Kräuchi, Lyss, 032 386 71 10 (Montag bis Donnerstag, 9 bis 12 Uhr). Es wird ein Unkostenbeitrag von 50 Franken pro Konsultation erhoben. Weitere Rechtsauskunftsstellen des BAV befinden sich in Belp, Thun, Langenthal, Burgdorf, Biel und Courtelary/Moutier/Tavannes. *mt*

CHASSERAY

Aufruf für

Amateurfotografen

Der Parc Chasseral lanciert für sein Jahresprogramm 2020–2021 einen Fotowettbewerb. Gesucht werden zwei Fotos: Das erste wird zum Titelbild, das zweitplatzierte Siegerfoto wird den Plan des Parks illustrieren. Die Fotos müssen im Frühjahr oder Frühsommer aufgenommen worden sein und die Landschaft des Parks zeigen, wobei keine Menschen oder Tiere im Vordergrund stehen dürfen. Die Fotos, in guter Auflösung, sollten bis Sonntag, 19. Januar, per Mail an chasseral@parchasseral.ch geschickt werden. *mt*

Gratulationen

KAPPELEN

85. Geburtstag

Heute feiert **Greti Walther** an der Dorfstrasse 27b in Kappelen ihren 85. Geburtstag. *mt*

LENGNAU

75. Geburtstag

Heute feiert **Esther Moser-Scheurer** am Rebweg 10 in Lengnau ihren 75. Geburtstag. *mt*

Das BT gratuliert den Jubilareinnen ganz herzlich und wünscht ihnen alles Gute.

Abgelehnt – und auseinandergerissen? Eine Familie bangt um ihre Zukunft

Biel Die Familie Safaryan/Mikayelyan mit ihren drei Kindern lebt seit acht Jahren in der Schweiz. Nun soll die ausgeschafft werden. Nachbarn, Freunde und Lehrerinnen kämpfen dafür, dass die Familie hier bleiben darf.

Carmen Stalder

Im Wohnzimmer steht noch der festlich geschmückte Weihnachtsbaum. Leuchtende Lämpchen und glänzendes Lametta lenken den Blick vor dem grauen Nebel vor den Fenstern ab. Es ist warm in der Wohnung der Familie Safaryan/Mikayelyan im Bieler Mett-Quartier. Nachdem die drei Kinder Robert (6), Armine Charlotta (5) und Inessa Arevik (2) zur Begrüssung höflich ihre Hände gereicht haben, verschwinden sie in einem der beiden Kinderzimmer.

Arpine Safaryan setzt sich auf einen Stuhl, ihr Mann Ashot Mikayelyan auf das Sofa. Seit acht Jahren lebt das Ehepaar in der Schweiz. Hier sind ihre Kinder zur Welt gekommen, hier haben sie Freunde und hier fühlen sie sich mittlerweile zuhause. Doch ihre Zukunft ist ungewiss, denn ihr Asylgesuch und alle weiteren Versuche, hier bleiben zu dürfen, wurden abgelehnt. Schlimmer noch: Unterdessen hat die Familie erfahren, dass sie die Schweiz getrennt verlassen muss. Der Vater soll mit den beiden älteren Kindern nach Kasachstan, die Mutter mit der jüngsten Tochter nach Armenien ausreisen. Dies, weil die beiden Länder den jeweils ausländischen Ehepartner nicht bei sich aufnehmen wollen.

Die drohende Trennung der Familie bezeichnet Amnesty International in einem Bericht, den die Organisation 2014 über die Familie verfasst und an das Bundesamt für Migration verschickt hat, als Widerhandlung gegen das Recht auf Familieninheit gemäss der Europäischen Menschenrechtskonvention. Für die Familie ist diese Aussicht ein schwer zu verkraftendes Schicksal, das wie ein Damoklesschwert über ihrem Alltag hängt. «Für uns ist es das Wichtigste, dass wir zusammenbleiben können», sagt die Mutter.

Mysteriöser Todesfall

Nun beginnen die beiden, ihre Geschichte zu erzählen. Arpine Safaryan wird 1979 in Armenien geboren und erlebt eine glückliche Kindheit. Sie studiert an der Universität und führt später in der Provinzhauptstadt Armavir ein Reisebüro. Sie hat ein eigenes Auto, unternimmt Reisen nach Europa und Asien – es fehlt ihr an nichts. Doch im Jahr 2009 endet ihr sorgloses Leben, als ihre Schwester aus unerklärlichen Gründen stirbt. Safaryan beginnt auf eigene Faust zu recherchieren, wer oder was hinter dem Tod ihrer Schwester steckt, die kurz davor ein Kind auf die Welt gebracht hat.

Damit begibt sie sich selbst in Gefahr. Die Behörden machen ihr unmissverständlich klar, dass sie ihre Abklärungen beenden soll, weil es sonst Probleme gebe. Darüber, was in der folgenden Zeit passiert ist, möchte Safaryan heute nicht mehr sprechen – zu gross ist die Angst vor möglichen Konsequenzen, falls sie dereinst in ihre Heimat zurückreisen muss.

Ashot Mikayelyan wird 1976 ebenfalls in Armenien geboren. Er wächst jedoch bei seinem Onkel in Kasachstan auf und nimmt später auch diese Staatsangehörigkeit an. Er geht an die Universität und arbeitet zuerst als Zahnarzt, später in der Immobilienbranche. Dort bekommt er Probleme mit der lokalen Mafia, die ihn zu hohen Geldzahlungen erpresst, ihn für mehrere Tage entführt und verprügelt. Er reist nach Armenien, wo er seine zukünftige Frau Arpine Safaryan kennenlernt. Doch auch das Leben in seiner alten Heimat bereitet ihm Schwierigkeiten: Er leidet an Diabetes Typ 1 und erhält aufgrund fehlender Staatsangehörigkeit die nötigen Medikamente nicht.

Trotz aller Widrigkeiten heiraten die beiden im Februar 2010 in Armenien



Ashot Mikayelyan und Arpine Safaryan mit ihren Kindern Inessa Arevik (2), Armine Charlotta (5) und Robert (6). AIMÉ EHI

«Allein in Biel gibt es rund 100 abgewiesene Menschen, von denen manche seit Jahren warten. Dass hier allerdings die Familie getrennt werden soll, ist wirklich das Allerletzte.»

Margrit Schöbi, Mitglied der Bieler Arbeitsgruppe «Alle Menschen»

nach traditionellem Brauch. Das Paar beschliesst, gemeinsam nach Kasachstan zu ziehen. Doch dort wird Mikayelyan von seiner Vergangenheit eingeholt. Die beiden sehen nun keinen anderen Ausweg mehr, als zu fliehen – keines der Länder scheint ihnen noch sicher. «Ich wäre lieber gestorben, als so weiterzuleben», sagt Mikayelyan.

Juristisches Tausziehen

Nach einer langen Reise erreichen er und seine Frau im Januar 2012 die Schweiz. Kalt sei es gewesen, als sie in Vallorbe zu ihrem ersten Interview mit den Behörden antraben mussten, erinnert sie sich. Das Paar stellt ein Asylgesuch und lebt fortan in der Kollektivunterkunft Schlüssel in Biel. Es beginnt das lange Warten, das bis heute kein Ende genommen hat.

Ein Jahr später erfahren sie, dass ihr Asylgesuch abgelehnt worden ist. Wenig später kommt ihr Sohn Robert auf die Welt, gefolgt von den Schwestern Armine Charlotta und Inessa Arevik. In den folgenden Jahren beginnt ein juristisches Tausziehen. Die Familie reicht Rekurse ein und fordert erneute Überprüfungen ihrer Unterlagen. Die Zeit schreitet voran, doch alle Anfragen werden abgelehnt. Ihr Ausweis N für Asylsuchende läuft 2014 ab, sie werden zu Papierlosen und sind seither ausreisepflichtig.

Das sei eine schwierige Situation für die ganze Familie, sagen die Eltern. Manchmal wird ihnen in ganz banalen Alltagssituationen vorgeführt, dass sie anders sind, als alle anderen: Ohne Ausweis könne sie ihrem Sohn kein Bibliotheksabonnement kaufen, so die Mutter. Und bei einem Winterausflug habe er

ohne Ausweis keine Schlitten mieten können, ergänzt der Vater. Es sei hart, seit Jahren nichts tun zu dürfen als zuhause sitzen und warten und für so vieles auf Hilfe angewiesen zu sein.

Doch der Weg zurück ist für beide keine Option. «Mein Leben wäre dann vielleicht zu Ende», sagt er im Hinblick auf eine Rückkehr nach Kasachstan. Er sei dort aus politischen Gründen bedroht. Die Gefahr für Safaryan bei einer Rückkehr nach Armenien schätzt Amnesty International ebenfalls als gross ein. Ihr drohe nicht nur physische Gewalt, sondern auch ein psychisches Trauma. Ausserdem hat sie in ihrer Heimat keine Angehörigen mehr. Die Organisation hält fest, dass es aufgrund zahlreicher Telefonate und Treffen sowie einem psychologischen Rapport keine Zweifel an der Glaubwürdigkeit von Arpine Safaryan gebe.

Engagierte Eltern

Die Tage in Biel sind für die Familie oftmals lang und langweilig. Die Eltern haben mehrere Deutschkurse besucht und würden gerne arbeiten, was ohne Aufenthaltsbewilligung jedoch nicht erlaubt ist. Mikayelyan wird manchmal von seinen Schweizer Freunden zum Wandern oder Velofahren eingeladen. Ausserdem erledigt er Hilfsarbeiten im Verein Asyl Biel & Region (ABR). Safaryan ist Mitglied des Elternrats in der Schule Sahlgut und besucht mit ihren Kindern regelmässig den Quartiertreff Mett. Beide engagieren sich in ihrem Umfeld und der Schule, helfen etwa bei Festen und Ausflügen oder gärtnern in einem Integrationsprogramm. Robert geht mittlerweile in die erste Klasse und Armine Charlotta besucht den Kindergarten.

Mutter nach Armenien und der Vater nach Kasachstan

den in der Schweiz somit über wenig Informationen und Erfahrungen zu diesen Ländern verfügten. «Zu Beginn hat man den Schilderungen der Familie nicht geglaubt», sagt Rossi.

Im März 2018 stellt sie bei der Stadt Biel ein Gesuch um eine Aufenthaltsbewilligung – begründet durch einen «schwerwiegenden persönlichen Härtefall». Die Idee dahinter: Die Stadt soll dem Staatssekretariat für Migration (SEM) ein Gesuch stellen, damit dieses eine Aufenthaltsbewilligung erteilt. Erfahrungsgemäss würde das SEM einem solchen Gesuch in der vorliegenden Konstellation ohne Weiteres zustimmen. Die Anwältin argumentiert, dass die Rückkehr der Eltern und ihrer Kinder in ihre jeweiligen Herkunftsstaaten unweigerlich zu einer Trennung der Familie und somit zu einer Kindeswohlgefährdung und einer Verletzung des Rechts auf Familienleben führen würde.

Eineinhalb Jahre später, eine von der Stadt Biel als «eher lang» bezeichnete Verfahrensdauer, kommt im September 2019 eine Antwort von den Einwohnerdiensten. Sie ist negativ. Die Voraussetzung für die Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung wegen eines vorliegenden Härtefalls sei nicht erfüllt. Die Stadt schreibt, dass die Gesuchsteller keiner Erwerbstätigkeit nachgehen und durchgehend von der öffentlichen Hand unterstützt werden müssen – ungeachtet dessen, dass sie von Gesetzes wegen gar nicht arbeiten dürfen. Weiter würden die Deutschkenntnisse und der Grad der Integration lediglich dem erwartbaren Mass entsprechen. Zudem sei eine Eingliederung der noch jungen Kinder in ihrem Heimatland ohne Weiteres möglich.

André Glauser, Leiter der Bieler Abteilung öffentliche Sicherheit, sagt auf Anfrage des BT, dass er zu Fragen, die ein laufendes Verfahren beeinflussen könnten, nicht konkret Stellung nehmen könne. Er hält fest, dass das SEM und nicht die Stadt Biel für die Ausschaffung von ausländischen Personen, deren Asylgesuche abgewiesen worden sind, zuständig sei. Glauser bestreitet denn auch, dass die Stadt Biel einen massgeblichen Einfluss auf den Verlauf des Falls nehmen könnte. Die Stadt Biel stelle nur einen Antrag auf Erteilung einer Härtefallbewilligung, wenn die rechtlichen Voraussetzungen gegeben seien – was hier scheinbar nicht der Fall ist.

Im Quartier wird die Familie als gut integriert, hilfsbereit und offen wahrgenommen. Dies bezeugen über zehn Empfehlungsschreiben von Nachbarn, Freunden und Bekannten an die Behörden, die dem BT vorliegen. Unterstützung erhält die Familie auch von Lehrerinnen der Primarschule Sahlgut. In einem Brief an den Stadtpräsidenten Erich Fehr (SP) und weitere Bieler Gemeinderäte haben sie geschildert, wie die drohende Abschiebung den Schulalltag belastet. Ihr Schreiben schickten sie zudem an Bundesrätin Karin Keller-Sutter und den Staatssekretär für Migration Mario Gattiker.

Arpine Safaryan, Ashot Mikayelyan und ihre Kinder werden zudem von der Bieler Arbeitsgruppe «Alle Menschen» begleitet, die sich in der Region für abgewiesene Asylsuchende engagiert. Seit November stehen die Nidauerin Margrit Schöbi und ein weiterer Unterstützer in regelmässigem Kontakt mit der Familie. «Allein in Biel gibt es rund 100 abgewiesene Menschen, von denen manche seit Jahren warten. Dass hier allerdings die Familie getrennt werden soll, ist wirklich das Allerletzte», sagt Schöbi.

Drohende Kindeswohlgefährdung

Seit mehreren Jahren setzt sich die Berner Anwältin Laura Rossi, spezialisiert auf Asyl- und Ausländerrecht, für die Familie ein. Doch auch sie konnte bisher im Fall keine neue Wendung erreichen. Es mache es schwierig, dass Armenien und Kasachstan keine klassischen Bürgerkriegsländer seien und die Behör-

Notfalldienste über die Festtage überfüllt

Jahreswechsel Die Feiertage haben Polizei, Spitälern und Nez Rouge viel Arbeit beschert. In Biel und Büren explodierte Feuerwerk in Briefkästen.

Brigitte Jeckelmann

In der Silvesternacht muss es in Büren und Biel mächtig geknallt haben: Scherzbolde sprengten mit Feuerwerksraketen zwei Briefkästen. Das ist nicht ganz ohne. Die Kantonspolizei Bern ermittelt nun laut Auskunft von Mediensprecher Dominik Jäggi wegen Widerhandlung gegen das Sprengstoffgesetz. Wenn sich nach erfolgreicher Ermittlung herausstellt, dass es sich bei der Täterschaft um Jugendliche handelt, kümmernt sich laut Jäggi in der Folge die Jugendanwaltschaft um die Fälle. Sind die Täter Erwachsene oder bleibt die Suche erfolglos, gibt es einen Rapport an die Bundesanwaltschaft.

Ansonsten ist die Berner Kantonspolizei in Biel und im Seeland über die Festtage nicht stärker auf Trab gehalten worden als in den letzten Jahren: Bei der Einsatzzentrale in Biel sind gemäss Jäggi an Weihnachten und Neujahr je rund 240 Meldungen eingegangen. Rund ein Dutzend davon betrafen häusliche Streitereien und Tätlichkeiten. Wegen Ruhestörung riefen an den Weihnachtstagen gegen ein halbes Dutzend Personen bei der Polizei an, während es zum Jahreswechsel das Doppelte davon war.

Am 2. Januar geriet gemäss Jäggi einmal ein Weihnachtsbaum in Brand, ein anderes Mal ein Adventsgesteck. Beide Brände löschte die Feuerwehr, ohne dass es dabei Verletzte gegeben hat. Zudem berichtet Jäggi von einem guten Dutzend Meldungen zu Einbruch- und Einschleichdiebstählen.

10 700 Freiwillige bei Nez Rouge im Einsatz

Ebenfalls fleissig waren die freiwilligen Chauffeusen und Chauffeure der Stiftung Nez Rouge, die bei ihrer 30. Aktion einen neuen Helferrekord verzeichnet: Schweizweit waren gemäss Mitteilung 10 700 Männer und Frauen im Einsatz. Sie brachten im Zeitraum vom 11. November bis 1. Januar 35 200 Personen in 16 800 Fahrten sicher nach Hause. Die

meisten Einsätze leistete Nez Rouge in der Silvesternacht: 1700 Fahrerinnen und Fahrer begleiteten 8400 Personen an 3500 Fahrten heim. Das sind 21 Prozent aller Fahrten in der gesamten Dauer der Aktion. In Biel führte Nez Rouge 323 Fahrten mit 685 Personen durch, im Berner Jura dagegen fuhren die Freiwilligen 696-mal insgesamt 1387 Feiernde in ihre Domizile.

Quick-Look-Nurse identifiziert schwere Fälle

Im Gegensatz zu Nez Rouge gab es an den Feiertagen für den Rettungsdienst Ambulanz Region Biel nicht viel mehr zu

«Wir waren auf den Ansturm vorbereitet und konnten diesen gut bewältigen.»

Serge Reichlin,
Direktor Klinik Linde

Das Notfallzentrum der Bieler Klinik Linde hatte über die Feiertage rund 15 Prozent mehr Patienten zu verzeichnen als in der Vergleichsperiode, schreibt Klinikdirektor Serge Reichlin. Im Tagesdurchschnitt seien es knapp doppelt so viele gewesen wie durchs Jahr hindurch. Auff gefallen sei auch die hohe Zahl an Nachkontrollen von Notfallpatienten, weil deren Hausärzte in den Feiertagen gerechnet. Dies wegen des feindsätzlichen Anstiegs der Fälle und der Erfahrung aus der Periode vor einem Jahr. «Deshalb waren wir auf den Ansturm vorbereitet und konnten diesen gut bewältigen», so Reichlin. Dennoch seien vergleichsweise längere Wartezeiten zu Spitzenzeiten nicht ganz abzuwenden gewesen.

Trotz üppiger Festtagsmenüs und reichlich Alkohol litt nach Aussage von Luca Martinolli, Leiter Notfallzentrum und internistische Mitbetreuung, nur ein sehr kleiner Teil der Patienten an Beschwerden, die man darauf zurückführen könnte.

Tempo 30 auf ganzem Stadtgebiet gefordert

Biel Mehr Sicherheit, weniger Lärm: Linke Parlamentarier fordern in Biel flächendeckend Tempo 30. Der Gemeinderat hält nichts davon.

Tempo 30 auf allen Gemeindestrassen der Stadt Biel: Das fordert Stadtrat Peter Heiniger (PdA) zusammen mit Dana Augsburger-Brom (SP) und Titus Sprenger (Passerelle) mittels Motion im Stadtrat. Alle bestehenden Tempo-30-Zonen, so das Anliegen der drei Mitglieder der Fraktion Einfach Libres, sollen zudem nach Möglichkeit in Begegnungszonen umgewandelt werden. Begründet wird das Anliegen mit einem aktiveren Umweltschutz, mit Verkehrssicherheit und einer höheren Lebensqualität. Das Einrichten von Tempo-30-Zonen, argumentieren die Motionäre, sei zudem einfache und kostengünstige Massnahme. Beim Gemeinderat stossen sie damit allerdings nicht auf offene Ohren. Tempo 30 auf allen Gemeindestrassen sei nicht sinnvoll, schreibt die Stadtregerung in ihrer Antwort, da dadurch die Strassenhierarchie verloren gehen würde.

Zwar betont der Gemeinderat die Wichtigkeit der gezielten Verkehrsberuhigung, insbesondere mit Blick auf die Verkehrssicherheit und die Lärmbelastung. Er er beansprucht für sich, in dieser Richtung schon sehr viel unternommen zu haben. So sei bereits heute die Hälfte des Bieler Stadtgebiets in der einen oder anderen Form Verkehrsberu-

higt – und die Planung gehe weiter. Davon, auf dem ganzen Stadtgebiet Tempo 30 einzuführen, hält der Gemeinderat aber nichts. Dadurch, so die Argumentation, würde die Lenkungswirkung verloren gehen: Der Verkehr würde sich nicht mehr auf die Verbindungachsen konzentrieren, sondern sich wieder vermehrt durch die Wohnquartiere bewegen, was doch aber durch die Einföhrung von Tempo-30-Zonen gerade verhindert werden soll.

Die Stadtregerung verweist zudem darauf, dass in Tempo-30-Zonen Fussgängerstreifen mit wenigen Ausnahmen ausgeschlossen seien – was sich auf stark befahrenen Strassen zum Nachteil von Fussgängern auswirken würde. Nach Ansicht des Gemeinderats würde unter einer solchen Massnahme auch der öffentliche Verkehr leiden: Die Attraktivität der Busverbindungen würde «norm beeinträchtigt», da man auch mit den öffentlichen Verkehrsmitteln nicht mehr schnell von A nach B gelangen würde, hält der Gemeinderat in seiner Antwort fest. Auch der Einwurf, Tempo 30 wäre kostengünstig umsetzbar, lässt der Gemeinderat nicht gelten. Damit Tempo 30 überhaupt funktioniere, brauche es eine entsprechende Gestaltung des Strassenraums. Für die Einführung der Tempo-30-Zone im Quartier Zukunft wurde etwa ein Verpflichtungskredit von 1,5 Millionen Franken, für jene im Quartier Bubenberg von 1,4 Millionen Franken gesprochen.

Die Regierung lehnt die Motion also ab, nicht zuletzt auch deshalb, weil das Anliegen gar nicht motionsfähig sei, da Verkehrsmassnahmen in die ausschliessliche Zuständigkeit des Gemeinderats fallen. Sie verweist allerdings auch darauf, dass die Stadt weiterhin nach Möglichkeiten Ausschau halte, wo weitere Tempo-30-Zonen oder Begegnungszonen eingerichtet werden könnten. Der Gemeinderat nennt dabei insbesondere die verabschiedete Gesamt-mobilitätsstrategie, die eine weitere Entlastung der Innenstadt vom Autoverkehr zum Ziel hat.

Motionär Peter Heiniger ist von der Antwort des Gemeinderats zwar nicht überrascht aber dennoch alles andere als zufrieden. Gegenüber dem «Journal du Jura» verteidigte er sein Anliegen als auch soziale Massnahme: In den Gebieten, die vom Verkehr befreit seien, würden die Immobilienpreise steigen, sodass die Quartiere nicht mehr für jedermann zugänglich seien. «Genau das ist in Bern passiert», sagt Heiniger, der eine Grenzfizierung fürchtet, wenn nicht alle Stadtteile gleichberechtigt Verkehrsberuhigt werden.

Aufgeben will Heiniger nicht. Er werde, so kündigt es der einzige Bieler PdA-Stadtrat an, weitere Vorstösse mit derselben Stossrichtung einreichen. Als Beispiel nennt er etwa sein Anliegen, den öffentlichen Verkehr der Bieler Bevölkerung kostenlos zugänglich zu machen (das BT berichtete). *lg*

Region